

# Der Angriff des SVP-Chefs auf die BLKB

Eine neue Initiative fordert, dass sich die Kantonalbank auf ihr Kerngeschäft fokussiert. Ein Volks-Ja hätte tiefgreifende Konsequenzen.

Hans-Martin Jermann

Im Baselbiet kommt nach dem eben angekündigten Initiativ-Paket der Wirtschaftskammer erneut ein Volksbegehren aufs Tapet, das hohe Wellen wirft: Die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB) soll sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, fordert ein überparteiliches Komitee rund um SVP-Präsident Peter Riebli. Hintergrund sind wiederkehrende Diskussionen um das Geschäftsgebaren der BLKB.

**Riebli: «Keine Experimente, keine politische Agitation»**

Insbesondere die Investitionen in die national tätige Tochter Radicant ist auf Kritik gestossen. In der Baselbieter Politik bezweifeln einige, dass die auf Nachhaltigkeit getrimmte Digitalbank in absehbarer Zeit in die schwarzen Zahlen kommt. «Das Vertrauen der Baselbieter Bevölkerung in die BLKB hat gelitten. Das Hauptanliegen der Initiative ist es, dieses wieder herzustellen», sagt Riebli. Die Initiative kommt nicht aus heiterem Himmel. Der SVP-Landrat kündigte diese im



Kaum beste Freunde: BLKB-CEO John Häfelfinger und SVP-Kantonalpräsident Peter Riebli. Bilder: Ken/Jun

Juni nach einer Parlamentsdebatte zu Radicant bereits an.

Der bis ins Detail ausformulierte Text enthält zahlreiche Anpassungen im Kantonalbankengesetz, die künftig eine «unaufgeregtere» Geschäftsführung ermöglichen sollen. «Keine finanziellen Experimente,

keine politische Agitation», fasst es Riebli zusammen. So soll die BLKB keine Universalbank mehr sein, sondern eine Regionalbank, die vor allem Kredite und Hypotheken an Privathaushalte und KMU vergibt. Die Initiative nimmt einige, in der Politik bereits diskutierte Forderungen



wieder auf: So soll etwa der Jahreslohn der Geschäftsleitungsmitglieder der BLKB gedeckelt werden und zwar auf das Doppelte eines Mitglieds der Baselbieter Regierung. Zuletzt lag die Gesamtvergütung für CEO John Häfelfinger knapp über einer Million Franken und damit

einiges über dem nun geforderten Maximum.

**BLKB befürchtet Einbruch der Ertragskraft**

Die Wahl des Bankrats soll wieder näher an die Politik: Laut Initiative erhält der Landrat ein Vetorecht, wenn ihm die Vorschläge der Regierung zu einzelnen Mitgliedern nicht genehm sind. Heute hat das Parlament kein Mitspracherecht. Schliesslich will die Initiative verhindern, dass die BLKB Gesellschaftspolitik betreibt und etwa bei Kreditvergaben Nachhaltigkeit oder Diversität über das gesetzliche Mindestmass berücksichtigt. «Laut Rückmeldungen von Privaten und KMU ist dies in mehreren Fällen passiert. Wir meinen, dass die BLKB nicht erzieherisch sein muss», sagt Riebli.

Würde die Initiative gutgeheissen, hätte dies tiefgreifende Konsequenzen für die BLKB. «Eine Fokussierung auf das Baselbiet würde einen Rückgang des Geschäftsumfangs nach sich ziehen. Dies würde Grösse und Ertragskraft der Bank beeinträchtigen», sagt BLKB-Spre-

cher Sandro Spaeth. Anders als die Initianten sieht die BLKB keinen Vertrauensverlust. In einer externen Umfrage sei die BLKB jüngst als beste Bank der Nordwestschweiz für Privatkunden ausgezeichnet worden. Daneben verweist Spaeth auf den geplanten Zusammenschluss von Radicant mit der Numarics AG, durch den sich grosse Investoren an der BLKB-Tochter beteiligen.

Erste politische Kommentare fallen kritisch aus: «Ein Rundumschlag sondergleichen gegen die BLKB», sagt Mitte-Fraktionschef Simon Oberbeck. Der Landrat habe sich mehrfach für die Entpolitisierung kantonaler Beteiligungen ausgesprochen. «Die Initiative will dies rückgängig machen. Das ist nicht der richtige Weg», findet Oberbeck. «Mir scheint das Fuder überladen», sagt SP-Kantonalpräsident Nils Jocher. Die Initiative fordere zu vieles auf einmal. Zwar hält auch Jocher die Löhne für teilweise zu hoch, dass aber progressive Tätigkeiten verhindert werden sollen, sei falsch. «Die BLKB könnte im Gegenteil zur Klimabank werden», sagt er.

## Ruhetag mit Rechtsbruch

Die Baselbieter Regierung lehnt die Initiative für autofreie Sonntage aus juristischen Gründen ab. Die Justizkommission teilt das Urteil.

Maria-Elisa Schrade

Vier autofreie Sonntage im Jahr – damit wollten zwei Brüder ein Zeichen für den Klimaschutz setzen, nachdem das nationale CO<sub>2</sub>-Gesetz an der Urne gescheitert war. Gemeinsam mit einer Gruppe von Freunden lancierten sie eine nicht ausformulierte Initiative, die vorsähe, dass die Strassen im Kanton Baselland an besagten Tagen von 8 bis 20 Uhr verkehrsfrei sind. Ausgenommen wären Autobahnen und die Hauptachse Basel-Muttenz-Liestal-Sissach. Ausserdem gälte kein Fahrverbot für Krankenwagen, Polizei und Transporte von verderblichen Lebensmitteln.

Die Idee ist nicht neu: Bereits 1973 reagierte der Bund mit drei autofreien Sonntagen auf

die Erdölkrise. Zuletzt mehrten sich zudem schweizweit Forderungen nach autofreien Tagen. Winterthur führt bereits autofreie Sonntage im Quartier durch. Ab 2026 soll auch das Glarner Klöntal an ausgewählten Sonntagen für Motorfahrzeuge gesperrt werden.

Allerdings erhält das Anliegen nicht nur Fürsprache. Nationale Initiativen blieben bislang erfolglos. Auch im Kanton Baselland löst die Initiative emotionale Debatten aus. Im August fiel schliesslich ein vernichtendes Urteil: Der Rechtsdienst von Regierungsrat und Landrat hatte die Initiative als bundesverfassungswidrig eingestuft. Ein Fahrverbot, wie diese Initiative es erreichen wolle, könne nur durch den Bund bestimmt werden, schreibt die Baselbieter Re-

gierung in ihrem Bericht. Die Kantone könnten lediglich für einzelne Strassen Fahrverbote erlassen.

Nun folgt die Justiz- und Sicherheitskommission der Empfehlung des Regierungsrats und beantragt dem Landrat die Initiative als rechtsungültig zu erklären. Allerdings nicht ohne hitzige Debatte. So waren gemäss Kommissionsbericht einige Mitglieder der Meinung, die nicht formulierte Initiative lasse für die Umsetzung ausreichend Spielraum, um diese trotz Gutachten als gültig erklären zu können. Dem widersprachen andere, der Wortlaut sei absolut und daher nicht mit Bundesrecht vereinbar. Das Abstimmungsergebnis mit 7:4 Stimmen bei einer Enthaltung fiel knap- per aus als zu erwarten war.

## Klares Signal für den Erhalt von Biodiversität

**Naturschutzgebiete** Der Baselbieter Regierungsrat hat das Gebiet «Mittlere St. Romay» neu in das Inventar der geschützten Naturobjekte des Kantons aufgenommen. Die «Mittleri Romaiweid» mache rund ein Drittel des Schutzgebietes aus und sei eine von fünf Magerwiesen und Magerweiden in Lauwil, die vom Bundesinventar der Trockenwiesen und Trockenweiden von nationaler Bedeutung erfasst worden sei, heisst es in der Mitteilung.

«Dieses regionale Biotop-Verbandssystem von Mager-

standorten ist in seiner Grösse nahezu einmalig im Kanton», schreibt der Regierungsrat. Durch die Aufnahme als geschütztes Naturobjekt solle eine langfristige Erhaltung und Förderung der Lebensräume mit ihrer Vielfalt an seltenen, geschützten sowie gefährdeten Tier- und Pflanzenarten sichergestellt werden.

Darüber hinaus hat der Regierungsrat das seit 1999 bestehende Naturschutzgebiet «Wasserfalle – Roti Flue» in Diegten und Eptingen mit einer östlich angrenzenden Waldflä-

che erweitert und als Objekt von regionaler Bedeutung in das Inventar der geschützten Naturobjekte des Kantons aufgenommen. Mit der Erweiterung des Schutzgebiets werden offenbar auch Anpassungen der Schutzziele und Schutzmassnahmen vorgenommen. Die Regierung schreibt: «Die Erweiterung des Schutzgebiets führt zu einer bedeutenden Aufwertung dieses bereits sehr wertvollen Naturobjekts, welches geprägt wird von einem Mosaik an extensiv gepflegten und bewirtschafteten Waldgesellschaften.» (bz)

ANZEIGE

abo + ANGEBOT

Sie sparen 30%



## Erleben Sie Vorfasnacht pur am Drummeli 2025!

Von 22. Februar bis 1. März in der Eventhalle der Messe Basel

Das Drummeli präsentiert sich vom 22. Februar bis zum 1. März 2025 einem komplett neuen Format: Zum ersten Mal überhaupt wird in einer runden Arena gespielt. Lassen Sie sich überraschen, wie sich die Cliques und Guggen dieser Herausforderung stellen. Und freuen Sie sich auf renommierte Schnitzelbänke, ein Ensemble mit neuen Gesichtern und viel fasnächtlichen Humor!

Preise			
Kategorie 1:	CHF 54.-	statt CHF 78.-	
Kategorie 2:	CHF 47.-	statt CHF 68.-	
Kategorie 3:	CHF 33.-	statt CHF 48.-	

**Gültigkeit**

- Maximal 4 Tickets pro abo+ card
- Gültig für alle Vorstellungen ausser jene vom 22. Februar und 1. März 2025
- Keine Kumulation mit anderen Vergünstigungen
- Angebot solange Vorrat
- Zuzüglich Gebühren

**Bestellung**

Die vergünstigten Tickets sind mit der abo+ card unter Angabe des **Promocodes «bzdrummeli2025»** über [www.ticketcorner.ch](http://www.ticketcorner.ch) und bei Bider & Tanner, Ihr Kulturhaus in Basel, von Montag bis Samstag, 9 bis 17 Uhr erhältlich.

Mehr Infos zu diesem Angebot und viele weitere finden Sie online:



bz

bzbasel.ch



ANGEMESSEN  
N° 10  
ANGEZOGEN

ERSTER Streich in unserem letzten Lagerverkauf:  
**30%+50%**  
Ermitagestrasse 10, Arlesheim  
061 311 55 55 | klausriese@no-10.ch



Zeitung für die Region Basel

**Benedikt Meyer**  
Der Historiker und Autor aus Therwil lädt im Teufelhof zum historischen Kabarett. **Region**

**Loïc Meillard**  
Wie der Skistar Kollege und Konkurrent Marco Odermatt bezwingen will. **Sport**

Kotelett vom Freilandsäuli

paniert, gefüllt, Metzgerkotelett

Natura-Qualität

Familientradition seit 1898

Arlesheim · Reinach · Muttenz · Partyservice  
goldwurst.ch

AZ 4410 Liestal | Nr. 272  
192. Jahrgang | Fr. 4.50  
bzbasel.ch



## Piste frei für die günstigsten Ski-Tarife

Mit dem Schnee steigt die Vorfreude auf die ersten Abfahrten. Doch die Skiferien werden immer teurer. Wir zeigen, wo wie viel gespart werden kann und welche Rabattmöglichkeiten für wen bestehen. **Schwerpunkt**

Bild: Getty

# Die Industrie leidet wie zu Covid-Zeiten

Nicht nur in der Schweizer Stahlbranche kriselt es. Jedes dritte KMU im verarbeitenden Gewerbe hat Stellen abgebaut.

Daniel Zulauf, Doris Kleck

Die Stimmung ist schlecht in der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie mit ihren rund 330'000 Beschäftigten. Swissmem-Direktor Stefan Brupbacher sagt: «Im besten Fall können wir im nächsten Jahr mit einer Stabilisierung rechnen.» Ein Drittel der Firmen geht in den kommenden zwölf Monaten von einem weiteren Rückgang der Aufträge aus. Noch dramatischer präsentiert sich die

Lage im Industrieverband Swissmechanic. Der Verband ermittelte im Rahmen der jüngsten Mitgliederbefragung ein Geschäftsklima, das so schlecht ist wie seit Januar 2021 nicht mehr. Mit anderen Worten: Die Stimmung in vielen Schweizer Industriebetrieben ist so düster wie zu den dunkelsten Zeiten der Pandemie.

Ein Drittel der Firmen hat im dritten Quartal 2024 bereits Personal abgebaut. Trotzdem bewegte sich die Kapazitätsauslastung per Ende September

mit 81 Prozent immer noch auf dem Pandemieniveau. Die Swissmechanic-Daten zeigen: Es sind derzeit nicht nur die Stahlwerke Gerlafingen und Swiss Steel, die unter grossem Druck stehen. Bei Letzterem will die Politik immerhin zu Hilfe eilen. Schon am Dienstag hatte die Umwelt- und Energiekommission des Nationalrats Entlastungsmassnahmen bei den Netzkosten für Grossverbraucher der Metallproduktion beschlossen. Im Dezember werden die eidgenössischen Räte über den Ret-

tungsplan befinden. Als Reaktion kündigten die Stahlwerke Gerlafingen gestern an, auf den Abbau von 120 Stellen vorerst zu verzichten.

Doch das Unternehmen machte auch klar, dass es vom Parlament erwartet, dass der Rettungsplan umgesetzt wird. CEO Alain Creteur sagt: «Sollten alle politischen Projekte eine Mehrheit in den Räten finden, würde Stahl Gerlafingen eine stabile Zukunftsperspektive erhalten.» Unter dieser Bedingung würde die Besitzerfamilie

Beltrame am Standort festhalten können, heisst es in einer Mitteilung.

Die Parlamentarier setzen mit ihrem Vorgehen den Bundesrat unter Druck. Dieser wehrt sich zwar dagegen, einzelne Unternehmen zu unterstützen. Trotzdem hat er Massnahmen ergriffen, um energieintensive Branchen zu entlasten. Davon profitiert auch Stahl Gerlafingen. Gemäss gut unterrichteten Quellen wird alleine Stahl Gerlafingen um rund 4,5 Millionen Franken entlastet. **Schweiz, Wirtschaft**

## Pfeifende Hochhäuser halten Aesch und Dornach auf Trab

**Birstal** Aus Grossstädten dieser Welt ist das Phänomen hinlänglich bekannt: Je nach Windkonstellation können Hochhäuser ein kräftiges Pfeifen verursachen. Es ist der gleiche Effekt, wie wenn jemand über den Flaschenmund bläst. Die starken Windverhältnisse am Dienstagabend führten vor allem in Dornach und Aesch dazu, dass ein lau-

tes Pfeifen zu hören war. Anwohnende vermuten, dass dieses von den neu fertiggestellten Hochhäusern auf dem ehemaligen Stöcklin-Areal ausgegangen ist.

Die Bauherrin der grossen Siedlung mit insgesamt 250 Wohnungen will die Situation überprüfen und Messungen vornehmen. *(yas)* **Region**

## Neue Volksinitiative fordert Totalumbau der Kantonalbank

**Baselland** Ein überparteiliches Komitee um SVP-Chef Peter Riebli will der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) enge Fesseln anlegen. Diese soll sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und sich aus der Politik heraushalten. Hintergrund sind Kontroversen um das Geschäftsgebaren der BLKB, darunter die Investitionen in die digitale Tochter

Radicant. Die Initianten wollen das Vertrauen der Bevölkerung in die Bank, das ihrer Ansicht nach gestört ist, wiederherstellen. Für Riebli ist die Initiative keine Revolution: «Wir haben nichts neu erfunden», betont er. Die allermeisten Paragraphen seien so oder leicht abgewandt irgendwo in einem Kantonalbankengesetz zu finden. *(haj)* **Region**

## Von Todesurteil zu zweiter Geburt

**Porträt** Bei Christian Wildi wurde im Claraspital in Basel vor acht Jahren Bauchspeicheldrüsenkrebs diagnostiziert. Diese Krebsart gilt als nahezu unheilbar. Ihm wurden sechs Monate zu leben gegeben. Doch Wildi wollte sich mit dem Todesurteil nicht abfinden. Heute ist er genesen, und neue Behandlungsverfahren versprechen mehr Chancen auf Heilung. *(ado)* **Region**

